



wahlkabine.at

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

Fragen und Standpunkte der Parteien zur EU-Wahl am 25. Mai 2014.

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Parteien und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

Berücksichtigte Parteien

Bei der Realisierung der Internet-Wahlkabine zur EU-Wahl 2014 wurden alle zur Kandidatur berechtigten Parteien zur Teilnahme eingeladen.

- ÖVP
- SPÖ
- FPÖ
- Grüne
- BZÖ
- NEOS
- REKOS
- Europa anders

Die Liste EU-Stop hat keine Parteienantworten übermittelt.

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf www.wahlkabine.at

1. Soll ein EU-weiter Mindestlohn eingeführt werden, dessen Höhe vom Durchschnittseinkommen im jeweiligen Mitgliedsstaat abhängig ist?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Ein EU-weiter Mindestlohn würde das praxisnahe und funktionierende System der Sozialpartnerschaft in Österreich untergraben. Wir halten daher an Regelungen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips fest.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Mindestlöhne sind ein entscheidendes Element für Lohngerechtigkeit. Diese sollen von den Kollektivvertragsparteien ausgehandelt werden. In Ländern, in denen Kollektivverträge nicht nahezu alle ArbeitnehmerInnen erfassen, sollen gesetzliche Mindestlöhne eingeführt werden.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Die FPÖ will, dass die Sozialagenden auf der Ebene der Mitgliedsstaaten abgehandelt werden.		
Grüne	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Wir wollen Einkommen zum Auskommen. Arbeit muss sich lohnen und eine menschenwürdige Existenz ermöglichen. Gesetzlich verankerte Mindestlöhne in allen EU-Ländern sind das wirksamste Mittel gegen Armut trotz Arbeit.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Mindestlöhne zu verordnen, ist der falsche Ansatz einer falschen Politik. Politische Verantwortung ist es, die Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu schaffen und die Menschen (steuerlich) zu entlasten statt weiter zu belasten. Das schafft höhere Löhne und Einkommen.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Mindestlöhne, die unsere Unternehmen nicht überfordern, sind grundsätzlich nicht verkehrt. Allerdings stellen wir uns langfristig mit einem bedarfsorientierten, transparenten Bürger_innengeld als Ersatz für völlig unübersichtliche Förderungsdchungel eine grundsätzlichere Lösung vor.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
--		

2. Soll das Europäische Parlament auf eigene Initiative hin Gesetze auf den Weg bringen dürfen?

ÖVP	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Wir wollen die Rechte des Europäischen Parlaments weiter ausbauen und die demokratische Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger stärken.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Es ist wichtig, dass das Europäische Parlament als einziges direkt gewähltes Organ der EU ein eigenes, echtes Initiativrecht erhält. Die Europäische Kommission alleine, die ein Initiativmonopol hat, kann die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie des EU-Parlaments nicht ausreichend vertreten.		
FPÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Wichtiges Recht für ein Parlament!		
Grüne	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Das Europäische Parlament wird von uns direkt gewählt. Das Recht, Gesetze zu initiieren, ist eine zentrale Aufgabe für eine gestärkte Volksvertretung.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Das Europäische Parlament muss endlich vollumfänglich zu einer echten und tatsächlich gesetzgebenden Körperschaft werden.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Die Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments auf echte parlamentarische Aufgaben (Gesetzesinitiative und Kontrolle) ist einer der wichtigsten Hebel, die EU demokratischer zu machen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
Da die EU kein Staatsgebilde werden darf, besteht auch kein Bedarf an einem Gesetzgebungsorgan.		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
--		

3. Sollen in der Europäischen Union die Importzölle auf landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern gesenkt werden?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Werden Importzölle gesenkt, muss sichergestellt sein, dass unsere strengen europäischen Qualitätsstandards nicht umgangen werden und unserer Landwirtschaft dadurch kein Wettbewerbsnachteil entsteht.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 1 ■
--		
FPÖ	Ja	Gewichtung: 1 ■
--		
Grüne	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Faire Handelsbeziehungen sind wesentlich für eine weltweit gerechtere Wirtschaft. Dazu braucht es auch die Absenkung oder Streichung von Importzöllen für landwirtschaftliche Produkte.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Die Senkung von Zöllen ist per se kein sinnvolles Instrument einer guten Entwicklungspolitik und Zusammenarbeit. Gleichfalls gilt es, die Qualität der europäischen Landwirtschaftsbetriebe zu fördern und zu erhalten.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Faire Preise sind ein wirkungsvolles Mittel, bestehende globale Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Andererseits wollen wir Lebensmittel nicht um den halben Erdball schicken und gewachsene Strukturen dadurch zerstören, dass nur mehr für den Export produziert wird. Nein zu hohen Importzöllen, ja zu Kostenwahrheit beim Transport.		
REKOS	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Wäre eine vernünftige Form der Entwicklungshilfe.		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
--		

4. Soll der Präsident der Europäischen Kommission von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union direkt gewählt werden?

ÖVP	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben, den Präsidenten der EU-Kommission direkt zu wählen. Das soll aber auf EU-Ebene nicht zu einem Präsidialsystem wie in Frankreich führen.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 1 ■
Bisher wurde der Präsident der Europäischen Kommission von den Staats- und Regierungschefs bestimmt. Dies wurde meist hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. Er sollte jedoch für die BürgerInnen der EU da sein und daher auch von ihnen selbst direkt gewählt werden. Für die kommende EU-Wahl ist jedenfalls vereinbart, dass der Spitzenkandidat der stärksten Fraktion auch Kommissionspräsident werden soll. Für die Sozialdemokratie tritt EP-Präsident Martin Schulz als europaweiter Spitzenkandidat an.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 1 ■
Die FPÖ ist für Verkleinerung der Kommission und für Rückverlagerung von Kompetenzen an Nationalstaaten. Kommission sollte weniger Macht haben. Präsident ist Verwaltungsbeamter und wird von Rat und EP ernannt/gewählt.		
Grüne	Nein	Gewichtung: 1 ■
Wir wollen das Europäische Parlament als Vertretung der BürgerInnen stärken. Die KandidatInnen für die Kommissionspräsidentschaft sollen als SpitzenkandidatInnen für die Europawahlen kandidieren und dann vom Parlament gewählt werden.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Die Direktwahl des Kommissionspräsidenten wäre ein notwendiges Signal für mehr Demokratie und Mitbestimmung der Menschen in der EU.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Um die Europäische Union demokratischer zu machen, brauchen wir mehr direkte Mitbestimmung der Bürger_innen - also eine völlig neue Verfassung. Ein wesentliches Element dabei ist ein_e direkt gewählte_r und den Bürger_innen unmittelbar verantwortliche_r Präsident_in.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
Die EU soll nicht zum Staatsgebilde werden und braucht daher auch keine direkt gewählten Exekutivorgane.		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		

5. Soll ein EU-weiter Mindestsatz für die Besteuerung von Unternehmen eingeführt werden?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Ein EU-weiter Mindestsatz würde sich nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auswirken.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Der Steuerwettbewerb nach unten zwischen den EU-Staaten ist schädlich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Jobs aufgrund von Standortwechseln verlieren (z.B. Nokia), aber auch für die Staaten selbst, denen wichtige Steuereinnahmen für die Finanzierung der Sozialsysteme fehlen.		
FPÖ	Ja	Gewichtung: 1 ■
Wenn er sehr gering ist.		
Grüne	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Unterschiedliche Unternehmenssteuersätze in der EU führen zu Steuerdumping. Um diesen ungerechten und schädlichen Wettbewerb nach unten zu vermeiden, müssen die Bemessungsgrundlage vereinheitlicht und Mindeststeuersätze eingeführt werden.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Die steuerrechtlichen Kompetenzen obliegen allein den National- und Mitgliedsstaaten der EU, nicht jedoch der EU.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Das wäre eine dirigistische, unternehmens- und letztlich wirtschaftsfeindliche Maßnahme, für die wir keinen vernünftigen Grund erkennen. Gerade in diesem Bereich ist Standortwettbewerb durchaus positiv.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
Der steuerliche Wettbewerb ist ein wichtiger Standortfaktor.		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Derzeit unterbieten sich die Länder im Standortwettbewerb mit niedrigen Unternehmenssteuern. Daher Steuer- und Lohnpolitik harmonisieren.		

6. Sollen die finanziellen Mittel für wirtschaftlich schwächere Regionen in der Europäischen Union reduziert werden?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Wir stehen für ein starkes Europa, in dem es Solidarität und Zusammenhalt gibt. Klar ist aber auch: Solidarität darf keine Einbahnstraße sein. Die Regionalförderung soll zu einer Struktur- und Wirtschaftsförderung weiterentwickelt werden.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Österreich ist einer der größten Profiteure der EU-Erweiterung, da wir einen hohen Exportanteil gerade auch in diese Länder haben. Wachstum und Entwicklung in schwächeren Regionen steigern die Kaufkraft und damit auch die Nachfrage nach österreichischen Produkten. Dies schafft Arbeitsplätze in Österreich.		
FPÖ	Ja	Gewichtung: 1 ■
Zu viel Missbrauch, Geld geht an die Falschen und bewirkt wenig. Für Infrastruktur okay.		
Grüne	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Die EU kann nur erfolgreich sein, wenn der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in Europa gestärkt wird. Um ungleiche Entwicklungsniveaus in Europa zu beheben, braucht es finanzielle Unterstützung für wirtschaftlich schwächere Regionen.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Die Erfahrung zeigt, dass die EU in der Mittelverwendung zur Stärkung wirtschaftlich schwächerer Regionen bisher nicht wirklich erfolgreich ist, daher ist der Einsatz und die Verwendung der Mittel zu hinterfragen und zu evaluieren.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Die Solidarität mit schwächeren Regionen ist eine wesentliche Kulturleistung und zudem (nicht nur wirtschaftlich) für alle Länder der EU von Vorteil. Es geht bei Erhaltung von Vielfalt um eine nachhaltige Entwicklung der Vereinigten "Regionen" von Europa.		
REKOS	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
--		
Europa anders	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Das Geld muss nachhaltig und gemeinwohlorientiert investiert werden. Derzeit gibt es viel Korruption und Misswirtschaft.		

7. Soll die Europäische Union keine neuen Mitgliedsstaaten aufnehmen?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Österreich hat von den bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union klar profitiert. Diesen erfolgreichen Kurs wollen wir auch in Zukunft auf Basis klarer Kriterien fortsetzen. Die Türkei ist derzeit jedoch nicht beitragsfähig, und einen EU-Beitritt Russlands, wie ihn manche fordern, lehnen wir ab.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 1 ■
Die SPÖ ist für eine klare Beitrittsperspektive für die Balkanländer, aber unter strikter Einhaltung der Beitrittsbestimmungen. Priorität muss haben, dass die EU handlungsfähig bleibt und es einen starken Schutz für ArbeitnehmerInnenrechte gibt (Beschränkung für den Arbeitsmarktzugang). Für die Türkei sollte das Ziel eine Privilegierte Partnerschaft sein; auf jeden Fall müssten vor einem Türkei-Beitritt die BürgerInnen in einer Volksabstimmung das letzte Wort haben.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 1 ■
Aufnahme der Westbalkan-Staaten. Strikte Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei.		
Grüne	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Vor 10 Jahren gab es mit der EU-Osterweiterung einen historischen Schritt im Friedensprojekt Europa. Aber die EU ist noch nicht fertig, solange die Länder des westlichen Balkans, in denen der letzte Krieg auf europäischen Boden wütete, nicht Teil der EU sind.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Die Europäische Union ist zur Zeit (und auf absehbare Zeit) in keiner Hinsicht mehr erweiterungsfähig.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Es geht nun in erster Linie um die Weiterentwicklung und Demokratisierung der EU. Das darf aber nicht als Argument gegen die Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten missbraucht werden, wenn alle Kriterien erfüllt sind.		
REKOS	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
... solange die EU ihre internen Krisen nicht bewältigt hat.		
Europa anders	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Vertiefung und Demokratisierung hat für uns allerdings Priorität vor Erweiterung.		

8. Soll auf den Handel mit Finanzprodukten eine EU- weite Steuer eingeführt werden?

ÖVP	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
Wir treten für die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer ein.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
Die unregulierten Finanzmärkte waren die Ursache für die größte Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren. Die Finanztransaktionssteuer, die vor allem wir SozialdemokratInnen vorangetrieben haben, dämmt gefährliche, hochspekulative Finanzprodukte ein und beteiligt die VerursacherInnen an den Krisenkosten.		
FPÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■■■
Ja zur Finanztransaktionssteuer, soll aber national eingehoben werden!		
Grüne	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
Hochriskante Spekulationen auf den Finanzmärkten sind die Ursache für die derzeitige Krise. Mit der Finanztransaktionssteuer wird die Spekulation eingedämmt. Das Finanzsystem wird stabiler und gerechter.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
Das BZÖ bekennt sich zur europaweiten Einführung einer Finanztransaktionssteuer für Spekulanten und institutionelle Anleger. Um den Beitrag dieser Steuer soll der EU-Beitrag der Mitgliedsstaaten reduziert werden.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 2 ■■■
Die Menschen fragen sich, warum Gewinne privatisiert, Verluste im Krisenfall aber verstaatlicht - also von uns Steuerzahler_innen aufgefangen werden. Eine Finanztransaktionssteuer ist ein probates Mittel gegen hochfrequente Risikospekulationsgeschäfte, das sinnvollen Versicherungsprodukten nicht schadet.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 3 ■■■■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
--		

9. Sollen die EU-Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Armee schaffen?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Europaweite Koordinierung im Verteidigungsbereich ist sinnvoll und wichtig. Aber die Landesverteidigung gehört auch weiterhin zu den Souveränitätsrechten der Mitgliedstaaten.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Wir treten nicht für eine Militarisierung oder Aufrüstung der EU ein. Der Fokus liegt auf Krisenprävention, Konfliktlösung, friedensstiftenden und -erhaltenden Maßnahmen, aber nicht mit militärischen Kräften.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Österreich sollte sich unter Respektierung seiner Neutralität nur hinsichtlich der Verteidigung beteiligen. Außereuropäische Kampfeinsätze werden abgelehnt.		
Grüne	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Wichtiger ist eine funktionierende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Nationale Spezialisierungen lassen deutliche Einsparungen bei Militär- und Rüstungsausgaben zu. Das Geld soll zur Bekämpfung der steigenden Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt werden.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Die EU soll sich auf die wesentlichen Kernpunkte der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) konzentrieren. Dabei ist sie - Stichwort Ukraine -Krise - bisher in allen Belangen de facto gescheitert.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Um im globalen Konzert geeint und mit Gewicht seine Stimme zu erheben, muss die EU sich auf eine echte "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" verständigen. Eine gemeinsame Armee ist die logische Konsequenz, um die Union zu verteidigen und solidarisch an friedenssichernden Missionen teilzunehmen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Vor allem für ein neutrales Mitgliedsland ist eine Militärunion völlig inakzeptabel!		
Europa anders	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Wichtig wäre jedoch eine gemeinsame aktive Friedenspolitik.		

10. Soll die gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union auf zusätzliche Aufgabenbereiche ausgedehnt werden?

ÖVP	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Wir brauchen im Bereich der Außenpolitik mehr Zusammenarbeit und ein koordiniertes Vorgehen.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		
FPÖ	Ja	Gewichtung: 1 ■
Die FPÖ ist für mehr Koordinierung (Syrien, Ukraine).		
Grüne	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Wir brauchen eine starke gemeinsame europäische Außenpolitik. Der weltweite Schutz der Menschenrechte und Friedenspolitik muss dabei im Zentrum stehen. Ein Europäischer Friedensdienst wäre ein wichtiger nächster Schritt.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Insbesondere Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik muss im Rahmen der gemeinsamen Außenpolitik ein höherer Stellenwert als bisher zukommen. Flüchtlingstragödien wie vor Lampedusa sind eine humanitäre Schande für Europa!		
NEOS	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Die gemeinsame Außenpolitik der EU ist momentan noch ein völlig zahnlöser Tiger und besteht eigentlich nur am Papier. Sie ist immer noch geprägt von nationalen Egoismen und am internationalen Parkett noch nicht angekommen. Wie notwendig ein geeintes Auftreten ist, zeigt die volatile Sicherheitslage.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
Die EU versagt in der Außenpolitik jetzt schon (siehe Ukraine).		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Die außenpolitische Stimme Europas hat derzeit wenig Gewicht – wir befürworten daher grundsätzlich eine Vertiefung.		

11. Soll die Europäische Union mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen?

ÖVP	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Als Volkspartei nehmen wir unsere Verpflichtung gegenüber Menschen in benachteiligten Regionen und Ländern ernst.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Das vorrangige Ziel der EU-Entwicklungspolitik ist die nachhaltige Beseitigung der Armut, aber auch die Förderung der Menschenrechte und einer verantwortungsvollen Regierungsführung sowie der Aufbau demokratischer Strukturen.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Die FPÖ ist für eine Reform der Entwicklungshilfe.		
Grüne	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Ja, wir haben hier eine gemeinsame soziale Verantwortung. Aber es braucht auch eine Aufstockung der EZA-Mittel in allen EU-Mitgliedsstaaten. Österreich, als reiches Land, ist hier beschämend 3. Letzter in der EU.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Es geht nicht um die Zurverfügungstellung von Mitteln, sondern um die Effizienz und Sinnhaftigkeit von deren Verwendung. Hier hat die EU bisher in weiten Bereichen versagt.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit und Fairness, sondern auch der Vernunft und eine Investition in unsere Zukunft. Statt immer höhere Dämme zu errichten, wollen wir den Migrationsdruck senken, indem wir Ländern in Not auf die Beine helfen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		

12. Sollen alle Staaten der Eurozone für die Kreditaufnahme der anderen Staaten haften können (Stichwort "Eurobonds")?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 3 ■■■
Eurobonds stellen nicht den richtigen Anreiz, Schulden abzubauen. Bei Eurobonds kann Österreich nur verlieren.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■■
Gemeinsame Anleihen führen zu mehr Stabilität in der Eurozone und sind ein Akt der Solidarität in einem gemeinsamen Europa. Bedingung ist jedoch eine verlässliche Haushaltsdisziplin. Als erster Schritt ist die Einführung eines Schuldentilgungsfonds für die SPÖ vorstellbar. Alle Schulden der Teilnehmerstaaten oberhalb der Marke von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung würden in einen solchen Fonds eingebracht werden – für diese Schulden würden die Staaten gemeinsam haften. Ein solcher Fonds hätte den Vorteil, relativ rasch möglich gemacht zu werden und für eine langfristige Entspannung zu sorgen. Das Geld in diesem Fonds sollte für die Bekämpfung der sozialen Auswirkungen der Krise verwendet werden – Beschäftigung für junge Menschen, Armutsbekämpfung, Ausbildungsinitiative, Infrastrukturoffensive.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 3 ■■■
Strikt dagegen.		
Grüne	Ja	Gewichtung: 2 ■■
Eurobonds verhindern, dass Spekulanten auf Staatsanleihen einzelner Mitgliedsstaaten wetten. Außerdem können sich die Kosten der Refinanzierung für alle EU-Staaten durch Eurobonds verringern.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 3 ■■■
Die Einführung von Eurobonds entspricht der Einführung einer Haftungs- und Schuldenunion durch die Hintertür. Das ist nicht finanzierbar und schadet den Staaten und Menschen Europas!		
NEOS	Nein	Gewichtung: 2 ■■
Eurobonds zur Besicherung von Schulden der Mitgliedsländer sind wegen fehlender Kontrollmöglichkeiten der mithaftenden Länder unter den gegebenen Umständen problematisch. Zur Besicherung der Finanzierung der eigenen Aufgaben der EU aber durchaus denkbar.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 3 ■■■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 2 ■■
Zur Schuldenreduktion ist zusätzlich eine europaweite Vermögenssteuer notwendig.		

13. Sollen in der Europäischen Union geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen von allen Mitgliedsstaaten anerkannt werden?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Grundsätzlich soll Familienpolitik Sache der Mitgliedstaaten bleiben. Die Ehe zwischen Mann und Frau verdient zudem besonderen Schutz. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften, die im EU-Ausland geschlossen werden, werden in Österreich als Eingetragene Partnerschaft anerkannt.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Ja, es soll auch hier das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung gelten und eine Erleichterung für die BürgerInnen herbeigeführt werden.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Für FPÖ kein EU-Thema!		
Grüne	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Die Grünen fordern die Öffnung der Ehe für alle. Alle Menschen sollen Leben und Lieben können ohne Angst und ohne Diskriminierung.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Jeder Mensch hat das Recht, sein Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu gestalten und zu führen. Diskriminierungen, gleich welcher Form, lehnt das BZÖ ab.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Wir treten für die völlige rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften - also auch die Möglichkeit der zivilen Eheschließung ein. Allerdings gilt es hier, zuerst die Arbeit im eigenen Haus zu erledigen und nicht in erster Linie die EU in die Verantwortung zu nehmen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
--		

14. Sollen in allen Staaten der Europäischen Union gleiche Regeln für die Aufnahme von Asylsuchenden gelten?

ÖVP	Ja	Gewichtung: 2 ■■■
Die Aufgabe der EU ist es, dafür zu sorgen, dass Asylverfahren überall nach den gleich hohen Standards zügig abgewickelt werden .		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■■■
Jeder Mensch hat das Recht, Ansuchen auf Asyl zu stellen. Nur wenn überall dieselben Regelungen bestehen, ist gewährleistet, dass dieses Recht verwirklicht wird. Der Schutz von Asylsuchenden muss im Vordergrund stehen.		
FPÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■■■
Scheitert an der Realität, siehe Griechenland; keine Abschiebungen dorthin möglich! Somit Grundlagen ja, weitere Gestaltung auf nationaler Ebene!		
Grüne	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
Die Grünen fordern ein einheitliches Asylsystem mit gemeinsamen, verbindlichen Schutzstandards. Die Chance auf Asyl und Schutz soll nicht davon abhängen, in welchem Land man zufällig gelandet ist. Lampedusa geht uns alle an.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
Das BZÖ bekennt sich zum Asylrecht und zu den geltenden Regeln der Dubliner-Abkommen. Asylmissbrauch und Scheinasylantantum zum Zweck der Zuwanderung in die europäischen Sozialsysteme lehnt das BZÖ entschieden ab.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
Der Schutz vor Verfolgung durch Gewährung von Asyl ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit sondern ein unabdingbares Menschenrecht. Hier sollten alle Mitgliedsländer der Europäischen Union zusammenarbeiten und auch die Lasten fair verteilen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 2 ■■■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
--		

15. Soll die Europäische Union durch die Einführung eigener Steuern Teile ihres Budgets decken können?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 2 ■■■
Die Steuerhoheit soll im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten bleiben. Wir wollen keine Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger, sondern Steuersenkungen.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■■■
Gerechte Steuern wie die Finanztransaktionssteuer sind auch auf europäischer Ebene sinnvoll. Die ArbeitnehmerInnen dürfen aber nicht zusätzlich belastet werden.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 3 ■■■■
Die FPÖ ist strikt gegen EU-Steuern, EU ist kein Staat!		
Grüne	Ja	Gewichtung: 2 ■■■
Einzelne auf EU-Ebene eingehobene Steuern können zu mehr Steuergerechtigkeit führen und eine Basis für die Finanzierung des EU-Budgets sein (z.B. Finanztransaktionssteuer, einheitliche Unternehmenssteuern etc.).		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 3 ■■■■
Mit Ausnahme der Finanztransaktionssteuer müssen Fragen der steuerlichen Gesetzgebung der Kompetenz der National- und Mitgliedsstaaten vorbehalten bleiben. Der EU kommt diese Kompetenz nicht zu.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 3 ■■■■
Die Verantwortung für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben soll auf der Ebene angesiedelt werden, die besagte Aufgaben erledigt. Das führt zur direkten Verantwortung für einen sparsamen und effizienten Mitteleinsatz und ist somit einem Beitragssystem überlegen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 3 ■■■■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 1 ■
Es ist für uns vorstellbar, etwa mit einer EU-Finanztransaktionssteuer die Beiträge der Mitgliedstaaten zu senken.		

16. Soll EU-weit ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie durchgesetzt werden?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Gastronomen haben in den letzten Jahren ihre Lokale an das neue Rauchergesetz angepasst und sind dadurch hohe Kosten eingegangen. Im Sinne des Vertrauensschutzes und der Rechtssicherheit müssen sie sich jetzt auf die geltenden Bestimmungen verlassen können.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 1 ■
Die gesundheitlichen Schäden des Rauchens sind allgemeint bekannt. Vor allem Kinder und Jugendliche vom Rauchen abzuhalten, ist daher eines der wichtigsten Gesundheitsziele, und Rauchverbote sind eine wichtige Präventionsmaßnahme. Im Sinne der Subsidiarität sollten Maßnahmen in diese Richtung auf Ebene der Nationalstaaten geregelt werden.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 1 ■
Für uns kein EU-Thema.		
Grüne	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Das generelle Rauchverbot in der Gastronomie hat sich in den Ländern, in denen es bereits besteht, bewährt. Studien aus Schottland und Italien beschreiben einen Rückgang der Herzinfarkte nach Einführung der Rauchverbote.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Das BZÖ ist gegen jede Form ungerechtfertigter Verbots- und Bevormundungspolitik. In der Frage von Rauchverboten sollen mündige Bürger, Konsumenten und Unternehmer selbst und frei entscheiden können.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
Die österreichische Regelung hat die Gastronomie unter Druck gesetzt, Umbaumaßnahmen zu tätigen, um im Wettbewerb keine Nachteile zu erleiden. Das war halbherzig. Wir sehen allerdings keinen Grund, warum das auf europäischer Ebene gelöst werden muss. Das gehört in die Autonomie der Regionen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 1 ■
Die Gesundheit vor allem von ArbeitnehmerInnen in der Gastronomie verdient Schutz. Ob dazu derzeit eine EU-weite Regelung notwendig ist, ist für uns offen.		

17. Soll medizinisch begleitete Sterbehilfe für unheilbar Kranke EU-weit legalisiert werden?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Wir haben uneingeschränkte Achtung vor dem menschlichen Leben. Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Die Entscheidung über solche Maßnahmen liegt in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten. Dies sollte auch weiterhin auf nationaler Ebene entschieden werden.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 1 ■
Für uns kein EU-Thema.		
Grüne	Nein	Gewichtung: 1 ■
Es sind vorrangig Hospizbetreuung und Palliativmedizin zu stärken und auszubauen, sowie Instrumente wie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht in allen Ländern einzuführen bzw. leichter zugänglich zu machen. Schmerztherapie ist auszubauen.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Das BZÖ sagt Nein zur aktiven Sterbehilfe und bekennt sich zum Ausbau und der Stärkung palliativmedizinischer Modelle.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 1 ■
Wir treten für die Legalisierung einer medizinisch begleiteten Sterbehilfe unter Einhaltung äußerst strenger Regeln ein. Unterschiedliche Regeln erzeugen Sterbetourismus und sind daher negativ. Wir brauchen aber einen offenen Europa-weiten Diskurs, um auch regionale Unterschiede zu respektieren.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 1 ■
--		

18. Soll der freie Zugang zu Universitäten in jedem Mitgliedsstaat für alle EU-Bürger und -Bürgerinnen uneingeschränkt möglich sein?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Wir treten für universitätsautonome und maßvolle Studienbeiträge sowie wenn nötig Zugangsregelungen ein, um den Studierenden die bestmöglichen Studienbedingungen bieten zu können.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Grundsätzlich muss der freie Hochschulzugang in ganz Europa gewährleistet sein. In Ausnahmefällen, wenn ein Universitätssystem durch den freien Zugang aus anderen EU-Ländern massiv negativ betroffen ist ("numerus clausus-Flüchtlinge"), sollen Quoten möglich sein.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Es braucht Quotenregelungen, um die einheimischen Studenten nicht zu benachteiligen.		
Grüne	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Wir brauchen ausreichend finanzierte Hochschulen ohne Zugangsbeschränkungen und einen Ausbau von Stipendien, um allen eine Chance auf die für sie optimale Bildung zu geben. Bildungschancen dürfen nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Um den bildungspolitischen Herausforderungen sowie dem Wettbewerbs- und Leistungsprinzip europaweit Rechnung zu tragen, sollten Zugangsbegrenzungen zu Universitäten weiterhin der Kompetenz der Mitgliedsstaaten vorbehalten bleiben.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Bildung ist unser wichtigstes Gut und der Blick über den nationalen Tellerrand für die Entwicklung der EU von besonderer Bedeutung. Wir wollen den Austausch ausbauen, dafür brauchen wir klare und transparente Regeln für den Zugang und eine faire Finanzierung für alle.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		

19. Soll die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen gegen Bezahlung EU-weit strafbar sein?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Diesbezügliche Regelungen sollen weiterhin im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten bleiben. Jedes Land soll selbst entscheiden.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Wenn das Prostitutionsgewerbe in die Illegalität gedrängt wird, würden Frauen, die sich ohnehin schon in einer schwierigen Lage befinden, auch gesundheitliche Betreuung sowie soziale Absicherung verlieren. Menschenhandel und Zwangprostitution müssen hingegen in internationaler Kooperation (z.B. Europol) verstärkt bekämpft werden.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Jedes Land sollte selber entscheiden. Hier braucht es keine EU-weit einheitlichen Regelungen.		
Grüne	Nein	Gewichtung: 1 ■
Wir wollen keine Kriminalisierung von Sexarbeiterinnen. Wichtig ist die Unterscheidung zwischen erzwungener Sexarbeit und der individuellen Entscheidung von Frauen. Grüne fordern mehr Rechte für SexarbeiterInnen und die Bekämpfung von Menschenhandel.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Der EU kommt eine Verantwortung beim Schutz vor und bei der Verhinderung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung in allen Bereichen zu. EU-weite Strafen für die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen gegen Bezahlung dienen diesem Zweck nicht, sondern fördern nur Zwang zur Illegalität.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
Die Europäische Union ist eine politische Chancen- und keine moralisierende Erziehungs- und Verbotsgemeinschaft. Wenn es kein geregeltes Angebot für sexuelle Dienstleistungen gibt, übernimmt der Schwarzmarkt - ohne Kontrolle und Schutzmöglichkeiten.		
REKOS	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Aber nur durch einzelstaatliche Strafbestimmungen - nicht durch "EU-Strafrechts"-Normen.		
Europa anders	Nein	Gewichtung: 1 ■
Menschenhandel und Ausbeutung in diesem Bereich müssen jedoch konsequent bekämpft werden.		

20. Sollen EU-Bürgerinnen und -Bürger Sozialleistungen nur aus ihrem Herkunftsland beziehen dürfen?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Personen, die in Österreich arbeiten und in unser Sozialsystem einzahlen, haben Anspruch auf Sozialleistungen. Klar ist aber auch: Sozialtourismus muss durch strenge Regeln unterbunden werden. Nationalstaatliche soziale Mindeststandards sollen in allen EU-Ländern gelten.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Dort, wo ein Mensch lebt und daher ins Sozialsystem einzahlt, soll er/sie entsprechende Leistungen beziehen dürfen - nicht bedingungslos, aber grundsätzlich auf jeden Fall. Davon profitieren auch viele ÖsterreicherInnen, die in einem anderen EU-Staat (v.a. Deutschland) leben und arbeiten.		
FPÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
--		
Grüne	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Menschen müssen überall dort Sozialleistungen erhalten können, wo sie auch Steuern und Beiträge bezahlt haben.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Wesentlich ist, den zunehmenden Trend zu Sozialmissbrauch und zum Sozialtourismus in den und in die EU-Staaten durch faire und vernünftige Bestimmungen zu unterbinden.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
In einer zusammenwachsenden EU wollen wir klare Regelungen, die unbürokratisch und bürgernah Gleiches unabhängig vom Aufenthaltsort gleich behandeln, zumal EU-Bürger_innen in ihrem Wohnsitzland ja auch Steuern und Sozialabgaben zahlen.		
REKOS	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
--		
Europa anders	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
--		

21. Sollen Lehrpläne und Bildungsstandards im Pflichtschulbereich EU-weit angeglichen werden?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Lehrinhalte spiegeln auch die jeweilige Kultur und Geschichte eines Landes wider. Wir wollen daher im Bildungsbereich nicht alle über einen Kamm scheren, sondern die Vergleichbarkeit verbessern (z.B. durch eine bessere Anerkennung von Bildungsabschlüssen in Europa).		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Lehrpläne und Schulsysteme sollen wie bisher in nationaler Kompetenz bleiben. Wichtig ist, dass Abschlüsse gegenseitig anerkannt werden und v.a. im Hochschulbereich die Bildungsmobilität gefördert wird.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		
Grüne	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
EU-weit einheitliche Lehrpläne widersprechen dem Ziel der stärkeren Schulautonomie und individualisierten Lehrplänen.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Bildung ist eine der zentralen Zukunftsherausforderungen für die Staaten Europas. Die weitere Nivellierung von Bildungsstandards nach unten muss verhindert werden.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Gemeinsame Standards und europaweiter Erfahrungsaustausch sind zu begrüßen. Allerdings setzen wir auf größtmögliche Angebotsvielfalt und Schulautonomie in einem Europa der Regionen. Dazu passen "EU-weite Lehrpläne" nicht.		
REKOS	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		
Europa anders	Nein	Gewichtung: 1 ■
--		

22. Soll der Verkauf von Haschisch und Marihuana EU-weit legalisiert werden?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Weiche Drogen sind oftmals der Einstieg in eine Drogenkarriere. Aus diesem Grund lehnen wir eine Legalisierung ab.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
--		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
--		
Grüne	Ja	Gewichtung: 1 ■
Die Grünen sind gegen Kriminalisierung und für Straffreiheit. Auch der medizinische Einsatz von Cannabis darf nicht länger behindert werden.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Das BZÖ bekennt sich aus humanitärer Verantwortung heraus zu einem Verbot jeglicher Form der Libarilisierung von Drogen, gleich, ob bei harten oder so genannten weichen Drogen.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
Es spricht viel dafür, den Verkauf so genannter weicher Drogen (ohne das Problem der Sucht verharmlosen zu wollen) aus der Kriminalität heraus zu lösen und in kontrollierte legale Bahnen zu lenken. Allerdings sollten wir diese Entscheidung in der Autonomie der Länder belassen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 1 ■
Cannabis ist harmloser als Alkohol und sollte legalisiert werden. Auf EU-Ebene derzeit aber nicht das dringlichste Thema.		

23. Soll die Europäische Union die Luftverschmutzungszertifikate für Unternehmen teurer machen?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Umweltschutz ist uns ein zentrales Anliegen. Europas Vorreiterrolle in der Energie- und Klimapolitik darf aber nicht zulasten des Wirtschaftsstandortes gehen. Es gibt bereits ein sehr gutes System, das nicht im laufenden Betrieb geändert werden darf. Unsere Unternehmen brauchen Planungssicherheit.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 1 ■
Durch Kostenbeiträge für luftverschmutzende Industrien (hoher CO ₂ -Ausstoß) wird ein Anreiz zur Entwicklung und Förderung schadstoffärmerer Technologie gesetzt. Bei der zukünftigen Entwicklung des Emissionshandels soll die Problematik exportorientierter, abwanderungsgefährdeter Unternehmen weiter Berücksichtigung finden.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		
Grüne	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■ ■ ■
Unser Klima kennt keine Grenzen. Durch den Emissionshandel sollen die europäischen Industriebestriebe ihren CO ₂ -Ausstoß verringern. Wir wollen den CO ₂ -Ausstoß bis 2020 um mindestens 30% senken.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 1 ■
Das bisherige Versagen der EU-Politik zur Erreichung der Klimaschutzziele hat deutlich gemacht, dass die Vergabe der Luftverschmutzungszertifikate allein kein effizientes und funktionierendes Mittel zur Schadstoffreduktion darstellt.		
NEOS	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
Das Modell ist bis zu einem gewissen Grad gescheitert, da es falsche Anreize setzt. Wirksamer Klimaschutz ist mit einem Umstieg auf ein CO ₂ -Steuermodell bei gleichzeitiger Entlastung der Besteuerung unserer Erwerbseinkommen eher zu erreichen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■ ■
--		

24. Sollen EU-weit Unternehmen zur Offenlegung der Management-Gehälter verpflichtet werden, um Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen entgegenzuwirken?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Wir setzen in diesem Bereich auf Vorbildwirkung und Bewusstseinsbildung. Eingriffe in die unternehmerische Freiheit müssen soweit wie möglich vermieden werden.		
SPÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Österreich ist bei der Lohnschere am beschämenden vorletzten Platz. Durch die verpflichtende Offenlegung werden Unternehmen angehalten, gleiche Arbeit gleich zu entlohnen.		
FPÖ	Nein	Gewichtung: 1 ■
--		
Grüne	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Wir brauchen Transparenz bei den Job-Ausschreibungen und Einkommensberichte. Nur das hilft Frauen, ihr gutes Recht auf eine gerechte Entlohnung einzufordern. Gleicher Lohn für Frauen und Männer bleibt das Ziel.		
BZÖ	Ja	Gewichtung: 1 ■
Die EU ist gefordert, endlich aktiv und in allen Bereichen für die Beseitigung nach wie vor bestehender, ungerechtfertigter Einkommensunterschiede zu arbeiten, um die Durchsetzung des Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Leistung" zu ermöglichen.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
Bei der Gleichstellung ist noch viel zu tun. Diversität ist auf allen Ebenen nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch der Vernunft. Die Offenlegung ist jedoch ein unangemessener Eingriff in die Privatsphäre der betroffenen Manager_innen und die Autonomie von Unternehmen.		
REKOS	Nein	Gewichtung: 1 ■
--		
Europa anders	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Es ist höchste Zeit für gleiche Bezahlung gleicher Arbeit. Dazu müssen vielfältige Maßnahmen getroffen werden – diese ist eine.		

25. Sollen Flüchtlinge mit militärischen Mitteln (See- und Luftpatrouillen) daran gehindert werden, in die Europäische Union zu gelangen?

ÖVP	Nein	Gewichtung: 1 ■
Das ist eine Aufgabe der Polizei und nicht des Militärs. Beim Schutz unserer gemeinsamen Außengrenze übernimmt auch Frontex eine ganz entscheidende Rolle und hilft mit Europäischen Grenzschutzteams insbesondere den Mitgliedstaaten, die einem besonderen Migrationsdruck ausgesetzt sind.		
SPÖ	Nein	Gewichtung: 2 ■ ■
Europa als Ort von Freiheit, Frieden und Menschenrechten sollte Schutz bieten und humane Migrationspolitik aufweisen – nicht mit Gewalt und militärischen Mitteln gegen Hilfesuchende vorgehen.		
FPÖ	Ja	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Die FPÖ tritt für die finanzielle und organisatorische Stärkung der Grenzschutzagentur FRONTEX ein.		
Grüne	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Schutzsuchende Menschen mit militärischen Mitteln daran zu hindern, in der EU Schutz vor Verfolgung zu suchen hat tausende Todesopfer gefordert. Schutzsuchende brauchen unsere Hilfe.		
BZÖ	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Es ist die humanitäre Verantwortung der Staaten Europas, Flüchtlingstragödien wie vor Lampedusa durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Dabei ist die EU bisher völlig gescheitert.		
NEOS	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
Höhere Zäune sind keine Lösung, und Flüchtlingen ist nicht militärisch, sondern menschlich zu begegnen. Wenn wir nicht gemeinsam an besseren Lebensumständen arbeiten, wird der Flüchtlingsstrom nicht abreißen. Zudem ist die Gewährung von Asyl für Schutzsuchende ein unabdingbares Menschenrecht.		
REKOS	Ja	Gewichtung: 2 ■ ■
Geschieht in Österreich leider auch unzureichend an der Schengengrenze.		
Europa anders	Nein	Gewichtung: 3 ■ ■ ■
--		